

**Belasteter Start**

Eine Dokumentation des Beitrags  
von Prof. Dr. Renate Köcher  
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung  
Nr. 269 vom 18. November 2021

## INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen  
Zeitung Nr. 269 vom 18. November 2021, S. 10,  
unter dem Titel:

"Belasteter Start. Den Regierungswechsel finden die  
meisten gut. Es bleibt aber viel Skepsis."

## TABELLENÜBERSICHT

|           |   |   |  |
|-----------|---|---|--|
| Tabelle   | A | 1 | Von einer Aufbruchstimmung ist bisher wenig zu merken                            |
|           | A | 2 | Die Ampelkoalition ist die beliebteste der Koalitionsmöglichkeiten               |
|           | A | 3 | Fortschrittsagenda der Bevölkerung   |
|           | A | 4 | Die Mehrheit ist gegen die Aufhebung der Corona-Einschränkungen                  |
|           | A | 5 | Impfstatus   |
|           | A | 6 | Weniger Unterstützung für CDU/CSU und SPD unter Impfgegnern                      |
|           | A | 7 | Preissteigerungen belasten vor allem die schwächeren Schichten                   |
|           | A | 8 | Preissteigerungen, die die Bürger besonders betreffen                            |
|           | A | 9 | Wo ein politischer Neustart gewünscht wird                                       |
|           | B | 1 | Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)   |
| Schaubild |   | 1 | Zeit für einen Wechsel   |
|           |   | 2 | Viel Skepsis gegenüber der Ampel   |
|           |   | 3 | Die Bevölkerung hat den Eindruck einer engen Fokussierung Der Ampel-Koalitionäre |
|           |   | 4 | Geringes Institutionenvertrauen bei Nichtimpfwilligen                            |
|           |   | 5 | Sorgenpunkt Inflation  |

**Originalmanuskript**

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

## **Belasteter Start**

Während die Unterhändler der Ampelformation sich bemühen, Aufbruchsstimmung zu verbreiten, werden sie schon jetzt von Problemen überrollt, die mit ihrer Modernisierungsagenda nur begrenzt zu tun haben. Diese fokussiert sich auf die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zugunsten von mehr Klimaschutz, auf die Forcierung der Energiewende, den beschleunigten Umstieg auf emissionsarme Antriebstechnologien und die Förderung anderer Mobilitätsmuster, auf die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, Bürokratieabbau und Digitalisierung. Für die Grünen steht alles unter dem Primat von Klimaschutz. Robert Habeck formuliert pointiert, es sei klar, dass die nächste Regierung eine „Klimaregierung“ sein müsse und werde. Die FDP betont die Modernisierungsthemen wie Digitalisierung, Beschleunigung und Bürokratieabbau und spricht von einer „Fortschrittsregierung“. Die als einzige aktuell regierungserfahrene SPD wird bisher in den Verhandlungen inhaltlich weniger sichtbar als

ihre beiden potentiellen Partner und ist zunehmend gefordert, deren auseinanderstrebende Positionen zu Kompromissen zu führen.

Bei den Bürgern mag sich bisher nach wie vor keine Aufbruchsstimmung einstellen. Zwar sieht die überwältigende Mehrheit den Regierungswechsel grundsätzlich positiv. 63 Prozent finden, dass es Zeit für einen Wechsel war. Diese Position vertreten vor allem die Anhänger der SPD und aller bisherigen Oppositionsparteien, aber auch knapp ein Drittel der Unionsanhänger. Aber eine Aufbruchsstimmung kann die Mehrheit bisher weder in der Bevölkerung noch in der Politik ausmachen. Nur jeder Vierte hat zurzeit den Eindruck von Aufbruchsstimmung in der Politik, auch nur eine Minderheit der Anhänger der potentiellen Koalitionäre der künftigen Regierung.

Schaubild 1

Tabelle A1

Die Ampel hat zwar von allen zurzeit möglichen Koalitionen in der Bevölkerung mit Abstand die größte Unterstützung. Ob sie aber das Land voranbringen wird, ist für die Mehrheit nicht ausgemacht. Nur jeder Dritte ist überzeugt, dass die Ampel für das Land gut ist, 48 Prozent äußern dezidierte Zweifel. Noch größer ist die Skepsis, ob die Ampelkoalitionäre die Probleme des Landes bewältigen werden.

Tabelle A 2

Schaubild 2

Das hat keineswegs damit zu tun, dass den Kernthemen der Verhandlungen wenig Bedeutung beigemessen wird. Insbesondere dem Klimaschutz misst die Bevölkerung große Bedeutung zu: 69 Prozent halten es für wichtig, dass die nächste Regierung das Land auf diesem Gebiet voranbringt. Knapp zwei Drittel zählen auch die Forcierung der Digitalisierung zu den zentralen Aufgaben, 62 Prozent den Bürokratieabbau. Die Bürger hätten jedoch Probleme mit einer engen Fokussierung auf Klimaschutz und Modernisierungsthemen. Ihre Agenda für die Legislaturperiode ist breit angelegt und reicht von Klimaschutz über die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, die Stärkung des Bildungssystems, die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum, die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur bis zur Verringerung sozialer Unterschiede, Bekämpfung von Armut, steuerlichen Entlastung der Bürger und Verbesserungen im Bereich der inneren Sicherheit.

Tabelle A 3

Die Agenda der Verhandlungspartner nimmt die Mehrheit dagegen bisher als eng fokussiert wahr. Entsprechend wird der voraussichtlichen Ampelkoalition noch in erster Linie zugetraut, dass sie beim Klimaschutz und bei der Digitalisierung Fortschritte erzielt; immerhin 57 Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass das Land in dieser Legislaturperiode mit dem Klimaschutz vorankommt, 45 Prozent erwarten Fortschritte bei der Digitalisierung.

Schaubild 3

Abseits dieser beiden Herausforderungen ist das Vertrauen bisher jedoch gering, dass die Koalition nennenswerte Fortschritte erreichen wird. Das gilt gerade auch für die Politikfelder und Ziele, denen die Mehrheit große Bedeutung beimisst: der Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, Verringerung sozialer Unterschiede und Armutsbekämpfung, Stärkung des Bildungssystems, Bürokratieabbau, der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, der steuerlichen Entlastung der Bürger, der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und der inneren Sicherheit. 57 Prozent halten Fortschritte bei der inneren Sicherheit für wichtig, ganze 9 Prozent trauen sie der künftigen Regierung zu; die Sicherung der Renten setzen 68 Prozent auf die Agenda, 17 Prozent glauben, dass hier in dieser Legislaturperiode Fortschritte zu erwarten sind; den durchaus angestrebten Abbau von Bürokratie halten 62 Prozent für dringlich, aber nur 15 Prozent haben Vertrauen, dass hier Erfolge zu erwarten sind.

Tabelle A 3  
Schaubild 3

Die Ampelkoalition erhält keine Vorschusslorbeeren, auch wenn sich die zügige Organisation der Verhandlungen zunächst wohltuend von den Verhandlungen am Beginn der letzten Legislaturperiode abhebt. Die abwartende und überwiegend von Skepsis bestimmte Haltung der Mehrheit ist jedoch zurzeit nicht das Hauptproblem der Koalitionspartner. Ihre Agenda wird sich in der



Verantwortung zwangsläufig wesentlich verbreitern und dann auch verstärkt sichtbar werden. Die künftige Regierung läuft jedoch Gefahr, schon zu Beginn angesichts sich krisenhaft zuspitzender Probleme als ratlos wahrgenommen zu werden.

Vor allem die machtvolle neuerliche Eskalation der Pandemie erstickt jegliche Aufbruchsstimmung und drängt viele andere Themen in den Hintergrund. Wie sehr die Verhandlungspartner davon überrascht wurden, zeigt ihre frühe Festlegung auf die Beendigung der pandemischen Notlage mit der Begründung, dass eine ernste Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung aufgrund der erreichten Impfquote nicht mehr gegeben sei. Zweifelsohne sind die Inzidenzen bei der erreichten Impfquote anders zu bewerten. Die Ängste, sich persönlich zu infizieren, sind auch im Verlauf der Impfkampagne sukzessive gesunken. Die Bürger verfolgen jedoch die aktuelle Entwicklung auf den Intensivstationen und sie fürchten einen weiteren von der Pandemie geprägten Winter, mit allen Unwägbarkeiten und der Einschränkung ihrer Planungssicherheit. Die Bevölkerung hat angesichts der Zuspitzung der Situation wenig Verständnis für Forderungen, die bisherigen Coroneinschränkungen weitgehend aufzuheben. Nur jeder Fünfte unterstützt diese Forderung, weit überdurchschnittlich die Anhänger der AfD, aber auch 38 Prozent der

Tabelle A 4

FDP-Anhänger. Mit jedem Tag, an dem sich die Situation krisenhaft zuspitzt, wächst dagegen die Unterstützung für Einschränkungen.

Plötzlich sind die künftigen Koalitionspartner, die sich noch gar nicht im Amt befinden, mit dem Corona-Krisenmanagement okkupiert, und der Rückblick auf die Popularität der Unionsparteien während der Pandemie dürfte ihnen eine Warnung sein. Mit Beginn der Pandemie stieg die Zustimmung zu den Unionsparteien steil an, da nur ihnen ein erfolgreiches Krisenmanagement zugetraut wurde. Als die Situation im vergangenen Herbst und Winter erneut eskalierte und vor allem die Impfkampagne am Beginn dieses Jahres nur stockend in Gang kam, verfiel die Zustimmung zu CDU und CSU erdrutschartig. Jetzt wird der voraussichtliche Start der SPD-geführten Regierung von der vierten Welle überschattet, und es wird ihr nur wenig helfen, auf Versäumnisse in der zurückliegenden Legislaturperiode zu verweisen. Die Bürger erwarten von der neuen Regierung bereits jetzt entschlossenes und zielführendes Handeln. Mit der Ankündigung des Endes der pandemischen Notlage haben die künftigen Partner für diesen Bereich auch explizit Verantwortung übernommen; entsprechend können sie nicht warten, bis sie im Amt sind, sondern müssen gemeinsam mit der kommissarischen Regierung rasch teilweise schwierige Beschlüsse herbeiführen. Dabei geht es um

Tabelle B 1

Einschränkungen, um die hohen Inzidenzen unter Kindern und Jugendlichen, die kontrovers diskutierte Impfpflicht, um den Umgang mit Nichtgeimpften.

Der Umgang mit den nichtgeimpften Bevölkerungskreisen polarisiert zunehmend. Dabei verläuft die Trennlinie zwischen der großen Mehrheit der Geimpften, die mit jedem Tag weniger Verständnis für die Verweigerung einer Impfung aufbringen, und der Minderheit der Nichtgeimpften und auch nicht Impfbereiten, die sich immer stärker bedrängt und geächtet fühlen. In Befragungen zeigt sich plötzlich eine Tendenz zu verschweigen, wenn man noch nicht geimpft ist.

Diejenigen, die sich nach wie vor dazu bekennen, dass sie nicht geimpft sind und sich auch nicht impfen lassen wollen, rekrutieren sich überdurchschnittlich aus den 30- bis 44-Jährigen und unter 20-Jährigen sowie aus den schwächeren sozialen Schichten. 21 Prozent der Geimpften, aber 47 Prozent derjenigen, die sich nicht impfen lassen wollen, gehören den schwächeren sozialen Schichten an. Die Nichtimpfwilligen unterscheiden sich jedoch auch in Bezug auf ihre politische Orientierung, Weltsicht und Institutionenvertrauen. Während 59 Prozent der Geimpften eine der beiden Volksparteien auf den ersten Rang ihrer Parteisympathien setzen, ist das nur bei 18

Tabelle A 5

Tabelle A 6

Prozent der Nichtimpfwilligen der Fall; sie favorisieren weit überdurchschnittlich die AfD, begrenzt auch die FDP.

Bemerkenswert ist ihr geringes Vertrauen in alle politischen Institutionen, aber auch in Justiz, Sicherheitskräfte und Medien. Während 78 Prozent der Geimpften der Justiz großes Vertrauen entgegenbringen, ist das nur bei 48 Prozent der Nichtimpfwilligen der Fall. In das Parlament haben 59 Prozent der Geimpften, aber nur 19 Prozent der Nichtimpfwilligen großes Vertrauen. Diese Unterschiede verschärfen zwangsläufig die Polarisierung.

Schaubild 4

Die zweite Entwicklung, die den Start der neuen Regierung überschattet, ist die Inflation. Die deutsche Bevölkerung misst Geldwertstabilität aufgrund ihrer historischen Erfahrung immer besondere Bedeutung bei. Auch wenn die Erfahrungen mit einer hohen Inflation lange zurückliegen: Solche Erfahrungen prägen oft über Generationen hinweg. Die aktuelle Entwicklung wird entsprechend aufmerksam verfolgt, und die überwältigende Mehrheit hat auch klare Vorstellungen, wie weit die Preissteigerungen sie persönlich belasten. 65 Prozent ziehen die Bilanz, dass sie dadurch zurzeit stark belastet werden; lediglich die höheren sozialen Schichten sind hier mehrheitlich entspannt.

Schaubild 5

Tabelle A 7

Als besonders belastend werden die Preissteigerungen für Energie, aber auch für Lebensmittel eingestuft. 77 Prozent empfinden die steigenden Benzinpreise als besonders belastend, 73 Prozent die steigenden Heizkosten, 60 Prozent (auch) die steigenden Lebensmittelpreise; Letzteres ist vor allem eine Sorge der schwächeren sozialen Schichten, aber durchaus auch der Mittelschicht. Wenn durch die Klimaschutzmaßnahmen weitere Ausgabenerhöhungen ausgelöst werden, wird es zur Herausforderung, die Akzeptanz von Klimaschutz nachhaltig sicherzustellen.

Tabelle A 8

Schließlich setzt das Drama an der Grenze zwischen Polen und Belarus ein Thema auf die Tagesordnung, das alle Parteien seit Längerem umschiffen: Migrationsbewegungen, Flucht und Asyl. Obwohl das Thema gemieden wurde, gehört es für die Bürger zu den Herausforderungen, bei denen sie einen Neustart, eine klare Positionierung Deutschlands und Europas für dringend notwendig halten.

Tabelle A 9

In der Agenda der künftigen Koalitionspartner spielten Pandemie, Inflation und Migration zunächst nur eine untergeordnete Rolle. Die Zuspitzung der Situation lässt ihnen jedoch keine Wahl. Ohne ein erfolgreiches Krisenmanagement der Pandemie, ohne eine intensive Befassung mit den Sorgen der

Bevölkerung über die Geldwertstabilität und über neue Flüchtlingswellen könnte das erste Regierungsjahr, in das ja auch mehrere Wahlen fallen, anders ablaufen, als die Koalitionspartner erwarten.

## UNTERSUCHUNGSDATEN

|                          |  |
|--------------------------|--|
| Befragter Personenkreis: | Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland |
| Anzahl der Befragten:    | 1016   |
| Befragungszeitraum:      | 29.10. bis 11.11.2021  |
| Methode:                 | Repräsentative Quotenauswahl   |
| Art der Interviews:      | Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)                         |

## **Anhangtabellen**



Von einer Aufbruchstimmung ist bisher wenig zu merken

Tabelle A 1  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Neulich sagte jemand: 'Ich habe das Gefühl, dass in der Politik zurzeit eine richtige Aufbruchstimmung herrscht.'  
Haben Sie auch dieses Gefühl, oder finden Sie, von einer Aufbruchstimmung merkt man im Augenblick nicht viel?"

|                                    | Bevölkerung<br>insgesamt | Anhänger der –   |                  |                  |                  |                  |                 |
|------------------------------------|--------------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|-----------------|
|                                    |                          | CDU/<br>CSU      | SPD              | FDP              | B.90/<br>Grüne   | Die<br>Linke     | AfD             |
|                                    | %                        | %                | %                | %                | %                | %                | %               |
| Habe auch<br>dieses Gefühl.....    | 27                       | 20               | 30               | 36               | 42               | 7                | 9               |
| Davon merkt man<br>nicht viel..... | 57                       | 65               | 51               | 52               | 38               | 82               | 83              |
| Unentschieden.....                 | $\frac{16}{100}$         | $\frac{15}{100}$ | $\frac{19}{100}$ | $\frac{12}{100}$ | $\frac{20}{100}$ | $\frac{10}{100}$ | $\frac{8}{100}$ |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12046, November 2021

Die Ampelkoalition ist die beliebteste der Koalitionsmöglichkeiten

Tabelle A 2  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Nach der Bundestagswahl gab es ja vor allem drei Koalitionsmöglichkeiten: Eine sogenannte Ampel-Koalition aus SPD, FDP und den Grünen, eine Jamaika-Koalition aus CDU/CSU, FDP und den Grünen, oder eine große Koalition unter Führung der SPD. Welche dieser drei Möglichkeiten wäre Ihnen am liebsten gewesen?"

|                         | Bevölkerung<br>insgesamt |
|-------------------------|--------------------------|
|                         | %                        |
| Ampel-Koalition.....    | 38                       |
| Jamaika-Koalition ..... | 19                       |
| Große Koalition.....    | 16                       |
| Unentschieden.....      | <u>27</u>                |
|                         | 100                      |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12046, November 2021

FRAGE: "Hier auf der Liste stehen verschiedene Politikbereiche. In welchen dieser Bereiche fänden Sie es wichtig, dass die neue Regierung das Land voranbringt, dass es dort Fortschritte gibt?"

|  | Bevölkerung<br>insgesamt |
|--|--------------------------|
|  | %                        |
| Bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum .....                   | 75                       |
| Beim Klimaschutz .....   | 69                       |
| Bei der Sicherung der Renten.....                                  | 68                       |
| Bei der Digitalisierung .....                                      | 63                       |
| Beim Bildungssystem, den Schulen.....                              | 63                       |
| Beim Abbau von Bürokratie .....                                    | 62                       |
| Bei der Verringerung der Unterschiede zwischen Arm und Reich ..... | 61                       |
| Bei der steuerlichen Entlastung der Bürger .....                   | 59                       |
| Bei der Bekämpfung von Kriminalität.....                           | 57                       |
| Bei der Bekämpfung von Armut.....                                  | 55                       |
| Bei der Infrastruktur, dem Straßen- und Schienennetz.....          | 54                       |
| Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.....                   | 46                       |
| Bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels .....                     | 46                       |
| Beim Ausbau der Kinderbetreuung.....                               | 41                       |
| Bei der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung .....           | 37                       |
| Bei der Gleichstellung von Männern und Frauen.....                 | 36                       |
| Bei der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft.....                     | 36                       |
| In keinem davon .....  | 1                        |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12046, November 2021

Die Mehrheit ist gegen die Aufhebung der Corona-Einschränkungen

Tabelle A 4  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es gibt die Forderung, angesichts der Impfquote in Deutschland in Kürze alle Corona-Einschränkungen aufzuheben, also auch die Maskenpflicht und das Abstandsgebot. Wie stehen Sie dazu: Sind Sie dafür, alle Corona-Einschränkungen in Kürze aufzuheben, oder sind Sie dagegen?"

|                    | Bevölkerung<br>insgesamt | Anhänger der – |           |           |                |              |           |
|--------------------|--------------------------|----------------|-----------|-----------|----------------|--------------|-----------|
|                    |                          | CDU/<br>CSU    | SPD       | FDP       | B.90/<br>Grüne | Die<br>Linke | AfD       |
|                    | %                        | %              | %         | %         | %              | %            | %         |
| Dafür.....         | 23                       | 13             | 20        | 38        | 14             | 30           | 52        |
| Dagegen.....       | 64                       | 73             | 68        | 51        | 73             | 50           | 34        |
| Unentschieden..... | <u>13</u>                | <u>14</u>      | <u>12</u> | <u>11</u> | <u>13</u>      | <u>20</u>    | <u>14</u> |
|                    | 100                      | 100            | 100       | 100       | 100            | 100          | 100       |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12046, November 2021

Impfstatus

Tabelle A 5  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Sind Sie bereits vollständig oder einmal gegen Corona geimpft, oder werden Sie sich voraussichtlich gegen das Coronavirus impfen lassen, oder werden Sie sich nicht impfen lassen?"

|  | Bev.<br>insg.<br><br>% | Altersgruppen   |                 |                 |                  | Sozioökonom.<br>Status |                 |                 |
|--|------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|------------------|------------------------|-----------------|-----------------|
|  |                        | -----           |                 |                 |                  | -----                  |                 |                 |
|  |                        | 16-29<br>Jahre  | 30-44<br>Jahre  | 45-59<br>Jahre  | 60 J.<br>u.älter | niedrig                | mittel          | hoch            |
| Vollständig<br>geimpft.....            | 83                     | 67.....         | 74.....         | 85.....         | 92               | 75.....                | 84.....         | 86              |
| Einmal<br>Geimpft.....                 | 4                      | 11.....         | 5.....          | 3.....          | 1                | 5.....                 | 4.....          | 4               |
| Werde mich<br>impfen lassen.....       | 3                      | 11.....         | 5.....          | 1.....          | 1                | 4.....                 | 3.....          | 3               |
| Werde mich nicht<br>impfen lassen..... | 7                      | 7.....          | 10.....         | 8.....          | 4                | 14.....                | 5.....          | 4               |
| Keine Angabe.....                      | <u>3</u><br>100        | <u>4</u><br>100 | <u>6</u><br>100 | <u>3</u><br>100 | <u>2</u><br>100  | <u>2</u><br>100        | <u>4</u><br>100 | <u>3</u><br>100 |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12046, November 2021

Weniger Unterstützung für CDU/CSU und SPD unter Impfgegnern

Tabelle A 6  
Bundesrepublik Deutschland  
Wahlberechtigte

FRAGE: "Hier habe ich Karten mit den Namen von verschiedenen Parteien, die politische Bedeutung haben. Sicher sind einem diese Parteien nicht alle gleich sympathisch. Könnten Sie bitte diese sechs Karten einmal danach untereinanderlegen, wie sympathisch Ihnen diese Parteien sind? Es geht so: Obenhin legen Sie die Partei, die Ihnen am sympathischsten ist, darunter die, die Sie an die zweite Stelle setzen würden, und so weiter, und als letzte die Partei, die Ihnen am wenigsten sympathisch oder vielleicht sogar ganz unsympathisch ist."

|                     | Wahlberechtigte<br>% | Vollständig<br>geimpft<br>% | Werde mich nicht<br>impfen lassen<br>% |
|---------------------|----------------------|-----------------------------|--|
| An 1. Stelle gelegt |                      |                             |  |
| CDU/CSU .....       | 27.                  | 30                          | 10                                     |
| SPD .....           | 28.                  | 29                          | 8                                      |
|                     | 55                   | 59                          | 18                                     |
| FDP .....           | 11                   | 11                          | 15                                     |
| Grüne.....          | 16                   | 17                          | 11                                     |
| Die Linke.....      | 6                    | 6                           | 9                                      |
| AfD.....            | 8                    | 4                           | 39                                     |
| Unentschieden.....  | 4                    | 3                           | 8                                      |
|                     | 100                  | 100                         | 100                                    |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12046, November 2021

Preissteigerungen belasten vor allem die schwächeren Schichten

Tabelle A 7  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahren

FRAGE: „Die Preise in Deutschland sind ja in den letzten Monaten gestiegen. Wie sehr belasten Sie diese Preissteigerungen? Würden Sie sagen, die Preissteigerungen belasten Sie ...“

|                         | Bevölkerung<br>insgesamt | Sozioökonomischer<br>Status |        |      |
|-------------------------|--------------------------|-----------------------------|--------|------|
|                         |                          | niedrig                     | mittel | hoch |
|                         | %                        | %                           | %      | %    |
| „sehr stark“ .....      | 21                       | 34                          | 20     | 8    |
| „stark“ .....           | 44                       | 43                          | 50     | 32   |
| „weniger stark“ .....   | 25                       | 14                          | 23     | 42   |
| „kaum, gar nicht“ ..... | 6                        | 4                           | 4      | 14   |
| Unentschieden.....      | 4                        | 5                           | 3      | 4    |
|                         | 100                      | 100                         | 100    | 100  |

(Note: Brackets in the original table indicate that for 'sehr stark' and 'stark', the total percentage for the population is 65% and for the socio-economic status groups is 40%.)

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12046, November 2021

Preissteigerungen, die die Bürger  
besonders betreffen

Tabelle A 8  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung insgesamt

FRAGE: "Darf ich noch etwas genauer nachfragen: In welchen Bereichen treffen Sie die Preissteigerungen besonders?"

|  | Bevölkerung<br>insgesamt | Sozioökonomischer<br>Status |         |      |
|--|--------------------------|-----------------------------|---------|------|
|  |                          | niedrig                     | mittel  | hoch |
|  | %                        | %                           | %       | %    |
| Beim Tanken, beim Benzin .....   | 77                       | 73.....                     | 80..... | 77   |
| Beim Strom .....   | 73                       | 84.....                     | 75..... | 59   |
| Beim Heizen .....  | 73                       | 82.....                     | 75..... | 58   |
| Beim Kauf von Lebensmitteln .....  | 60                       | 69.....                     | 63..... | 42   |
| Bei den Kosten für Dienst-<br>leistungen wie Friseur, Nagel-<br>studio, Massage..... | 34                       | 42.....                     | 37..... | 21   |
| Bei Kosten für Hotels, Urlaub,<br>Reisen .....                                       | 30                       | 23.....                     | 31..... | 33   |
| Bei den Kosten für Handwerker.....   | 26                       | 18.....                     | 28..... | 29   |
| Bei Restaurantbesuchen.....  | 24                       | 17.....                     | 26..... | 25   |
| Beim Kleiderkauf.....  | 18                       | 23.....                     | 20..... | 9    |
| Beim Besuch von Veranstaltungen,<br>Freizeitaktivitäten.....                         | 17                       | 14.....                     | 20..... | 12   |
| Bei den Kosten für den öffentlichen<br>Nahverkehr .....                              | 17                       | 19.....                     | 17..... | 14   |
| Bei den Kosten für Hobbys .....  | 16                       | 16.....                     | 17..... | 13   |
| Bei nichts davon .....   | 4                        | 3.....                      | 3.....  | 6    |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12046, November 2021



Wo ein politischer Neustart gewünscht wird

Tabelle A 9  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Einmal unabhängig davon, ob Sie eine umfassende Erneuerung unseres Landes für notwendig halten oder nicht: Sind hier auf dieser Liste Bereiche, in denen Sie sich einen Neustart wünschen?"

|                                       | Bevölkerung<br>insgesamt |
|---------------------------------------|--------------------------|
|                                       | %                        |
| Umwelt- und Klimaschutz .....         | 57                       |
| Wohnen, Wohnungsmarkt .....           | 56                       |
| Rente .....                           | 55                       |
| Flüchtlingspolitik, Integration.....  | 52                       |
| Bekämpfung der Corona-Pandemie .....  | 51                       |
| Digitalisierung .....                 | 50                       |
| Soziales, soziale Absicherung .....   | 49                       |
| Gesundheit .....                      | 47                       |
| Bildung.....                          | 46                       |
| Innere Sicherheit.....                | 39                       |
| Haushalt, Finanzen und Steuern .....  | 39                       |
| Wirtschaft, Arbeitsmarkt.....         | 33                       |
| Verkehr .....                         | 31                       |
| Verteidigungspolitik, Bundeswehr..... | 29                       |
| Europa, europäische Integration.....  | 26                       |
| Gleichberechtigung.....               | 24                       |
| Familie .....                         | 23                       |
| Außenpolitik.....                     | 22                       |
| Nein, in keinem davon .....           | 2                        |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12046, November 2021

| Zweitstimmen             | Gesamtdeutschland |          |          |                      |                   |          |               |
|--------------------------|-------------------|----------|----------|----------------------|-------------------|----------|---------------|
|                          | CDU/<br>CSU<br>%  | FDP<br>% | SPD<br>% | Bü.90/<br>GRÜNE<br>% | DIE<br>LINKE<br>% | AfD<br>% | Sonstige<br>% |
| 2017: Jahresdurchschnitt | 36,0              | 9,0      | 25,0     | 8,5                  | 8,5               | 9,0      | 4,0           |
| <b>Bundestagswahl</b>    |                   |          |          |                      |                   |          |               |
| 24.9.2017                | 32,9              | 10,7     | 20,5     | 8,9                  | 9,2               | 12,6     | 5,2           |
| 2018: Jahresdurchschnitt | 31,5              | 9,5      | 19,0     | 13,0                 | 9,5               | 13,5     | 4,0           |
| 2019: Jahresdurchschnitt | 30,0              | 7,5      | 16,0     | 20,5                 | 8,0               | 13,0     | 5,0           |
| 2020: Jahresdurchschnitt | 35,5              | 6,5      | 16,0     | 20,0                 | 7,5               | 10,0     | 4,5           |
| 2021: 10.-20. Januar     | 37,0              | 6,5      | 16,0     | 20,0                 | 7,5               | 9,0      | 4,0           |
| 4. - 17. Februar         | 37,0              | 7,0      | 15,0     | 20,0                 | 7,0               | 9,5      | 4,5           |
| 8. - 21. März            | 28,5              | 8,5      | 18,0     | 21,5                 | 8,5               | 10,0     | 5,0           |
| 6. - 15. April           | 28,0              | 10,0     | 16,5     | 23,0                 | 7,5               | 9,5      | 5,5           |
| 23. April - 6.Mai        | 26,0              | 10,0     | 17,0     | 26,0                 | 7,0               | 9,0      | 5,0           |
| 1. - 13. Mai             | 27,5              | 10,0     | 16,0     | 24,0                 | 6,5               | 10,0     | 6,0           |
| 28. Mai - 9. Juni        | 29,5              | 11,0     | 17,0     | 21,5                 | 7,0               | 9,0      | 5,0           |
| 3. - 14. Juli            | 31,5              | 12,0     | 16,5     | 18,0                 | 6,5               | 9,5      | 6,0           |
| 3. - 22. Juli            | 30,0              | 12,0     | 16,0     | 19,5                 | 7,0               | 9,5      | 6,0           |
| 5. - 17. August          | 27,5              | 11,0     | 19,5     | 17,5                 | 7,5               | 11,0     | 6,0           |
| 18. - 26. August         | 26,0              | 10,5     | 24,0     | 17,0                 | 6,0               | 10,5     | 6,0           |
| 1. - 7. Sept.            | 25,0              | 9,5      | 27,0     | 15,5                 | 6,0               | 11,0     | 6,0           |
| 16. - 23. Sept.          | 25,0              | 10,5     | 26,0     | 16,0                 | 5,0               | 10,0     | 7,5           |
| <b>Bundestagswahl</b>    |                   |          |          |                      |                   |          |               |
| 26.9.2021                | 24,1              | 11,5     | 25,7     | 14,8                 | 4,9               | 10,3     | 8,7           |
| 1. - 14. Oktober         | 21,0              | 14,0     | 28,0     | 15,0                 | 5,0               | 9,5      | 7,5           |
| 29.Okt.-11.Nov.          | 23,0              | 14,0     | 27,0     | 15,0                 | 5,5               | 9,5      | 6,0           |

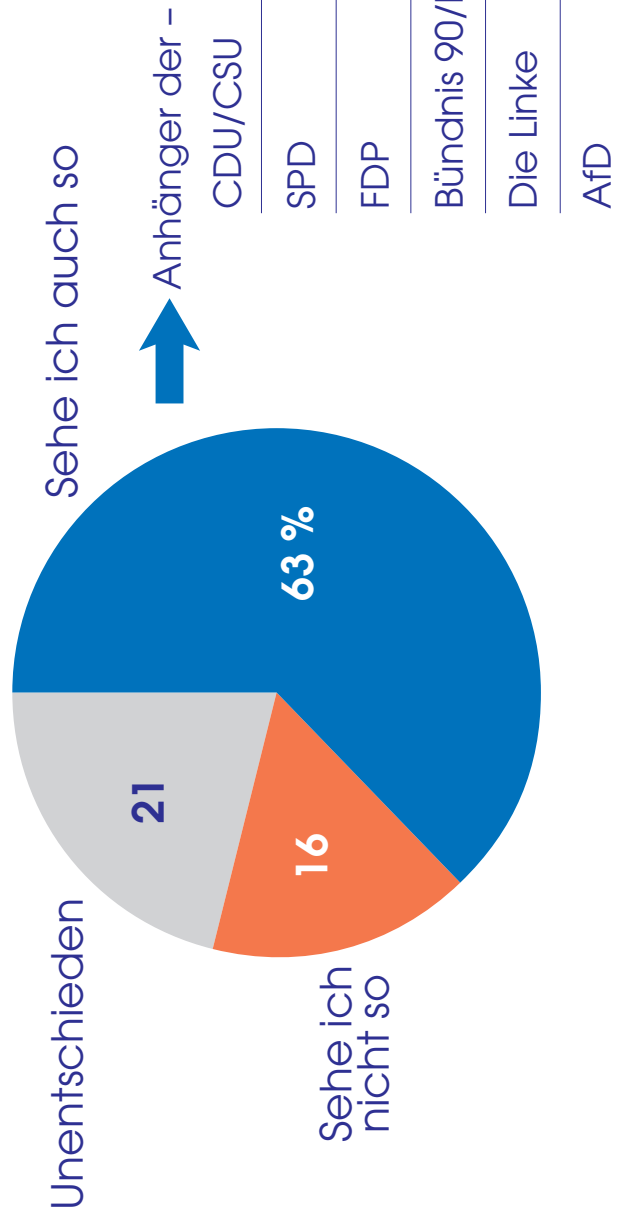
Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.016 Personen.

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, IfD-Umfrage 12046

## **Schaubilder**

# Zeit für einen Wechsel

"Es war Zeit für einen Regierungswechsel.  
Das tut unserem Land gut."

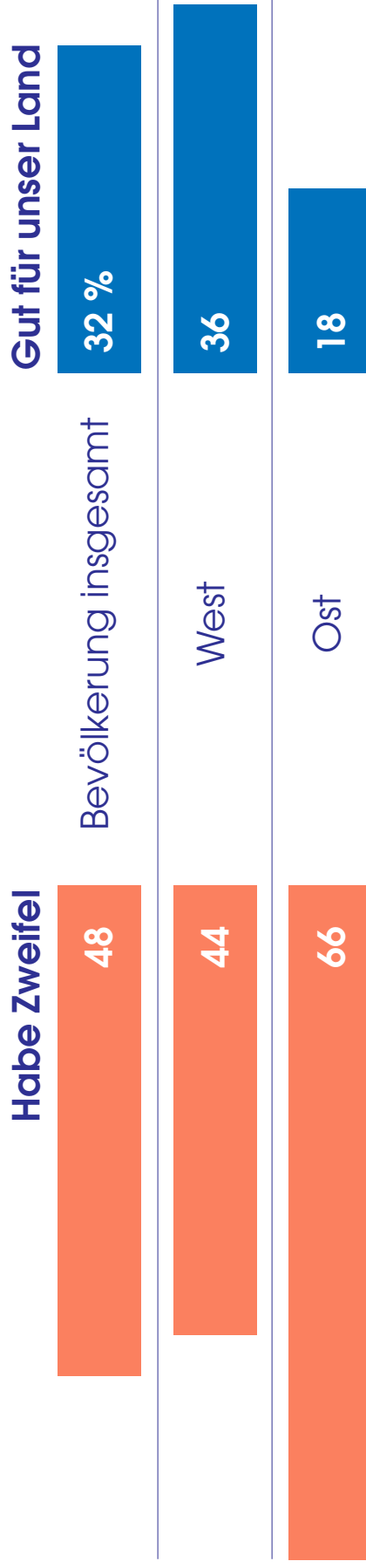


Bevölkerung insgesamt

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12046

# Viel Skepsis gegenüber der Ampel

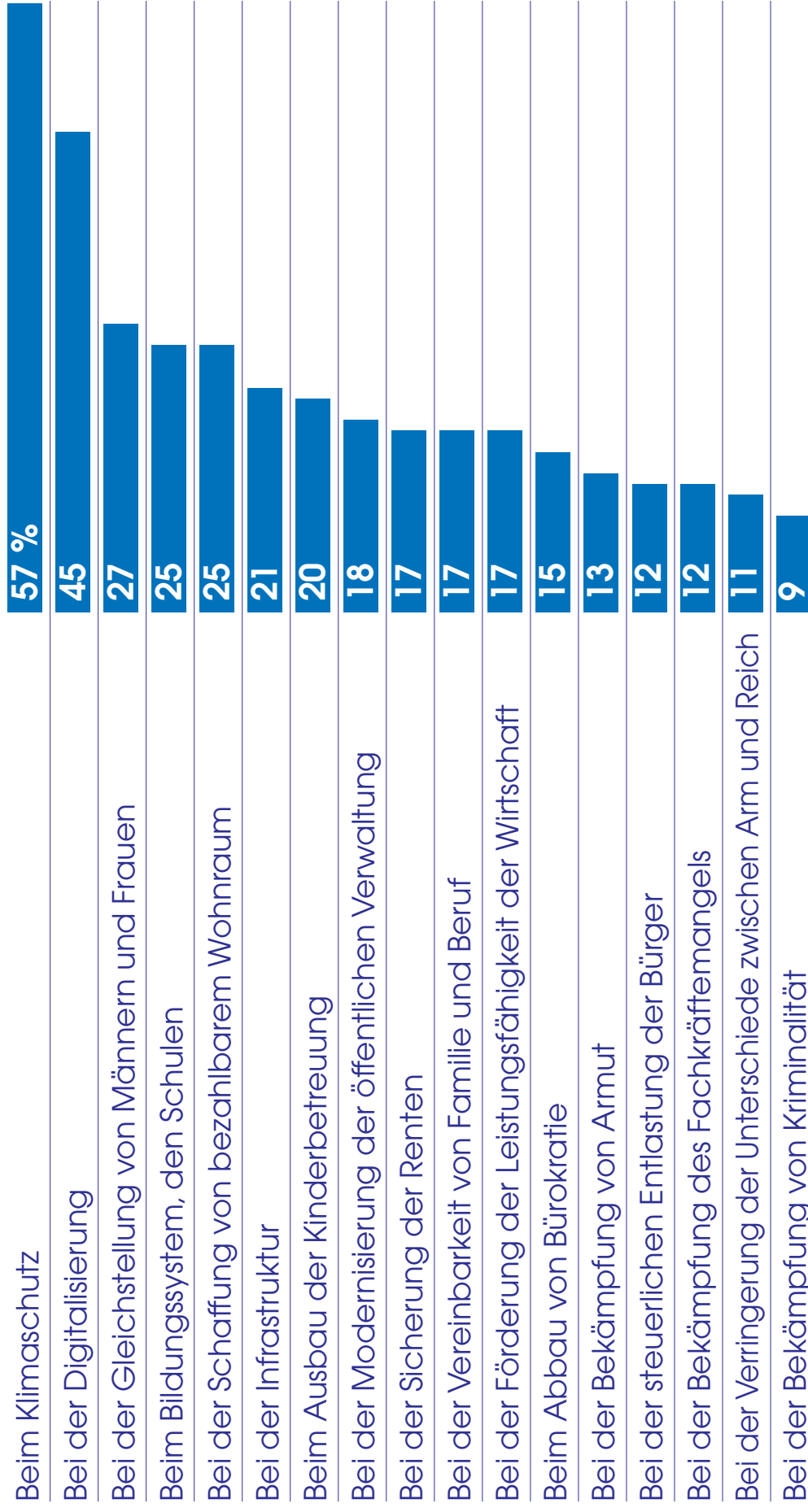
Frage: "Eine Frage zur voraussichtlichen Regierung aus SPD, den Grünen und der FDP:  
Halten Sie eine solche Ampel-Koalition für gut für unser Land, oder haben Sie  
da Zweifel?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12046

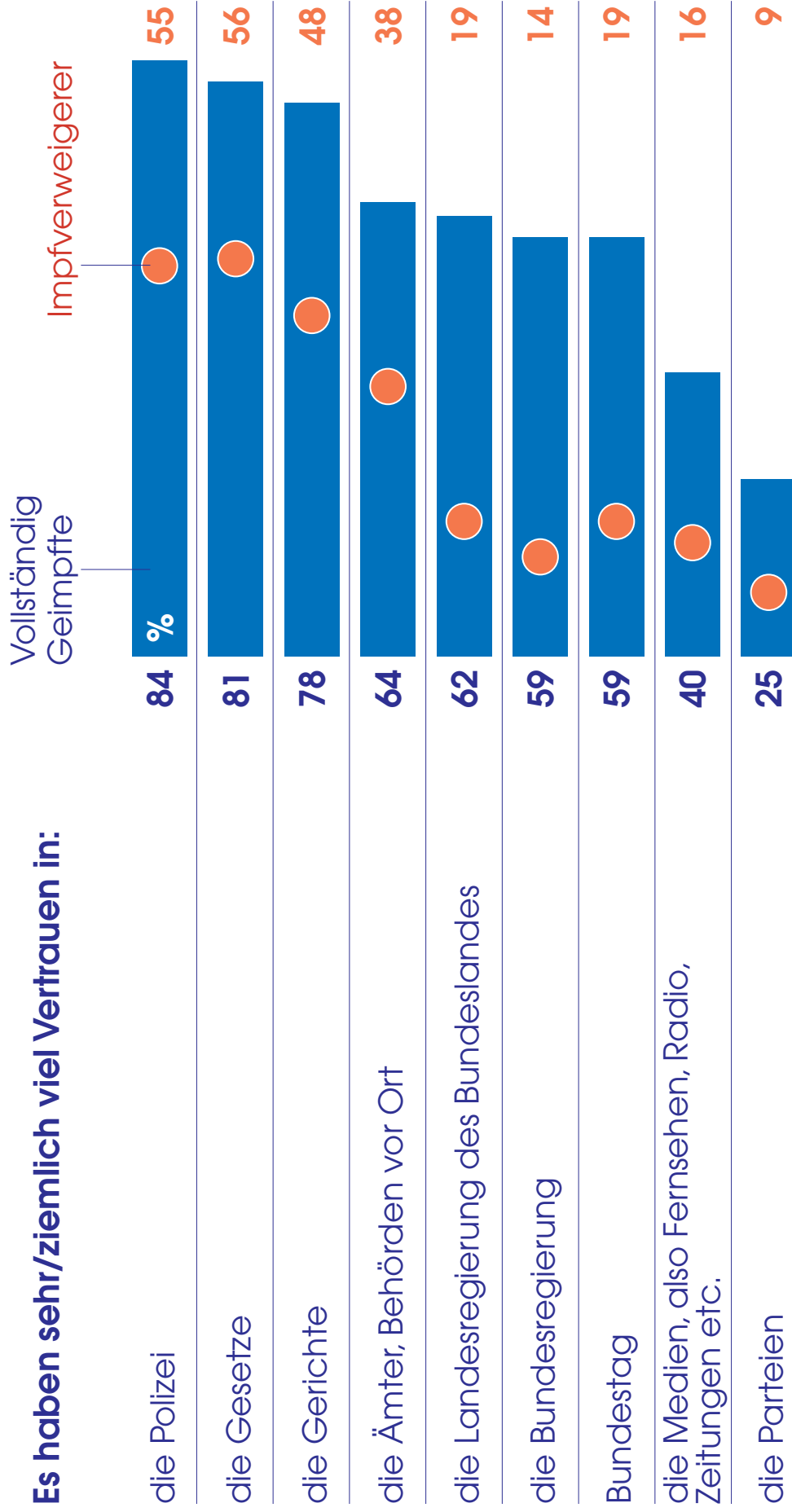
# Die Bevölkerung hat den Eindruck einer engen Fokussierung der Ampel-Koalitionäre

Frage: "In welchen Bereichen trauen Sie der neuen Regierung zu, dass es da Fortschritte geben wird?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12046

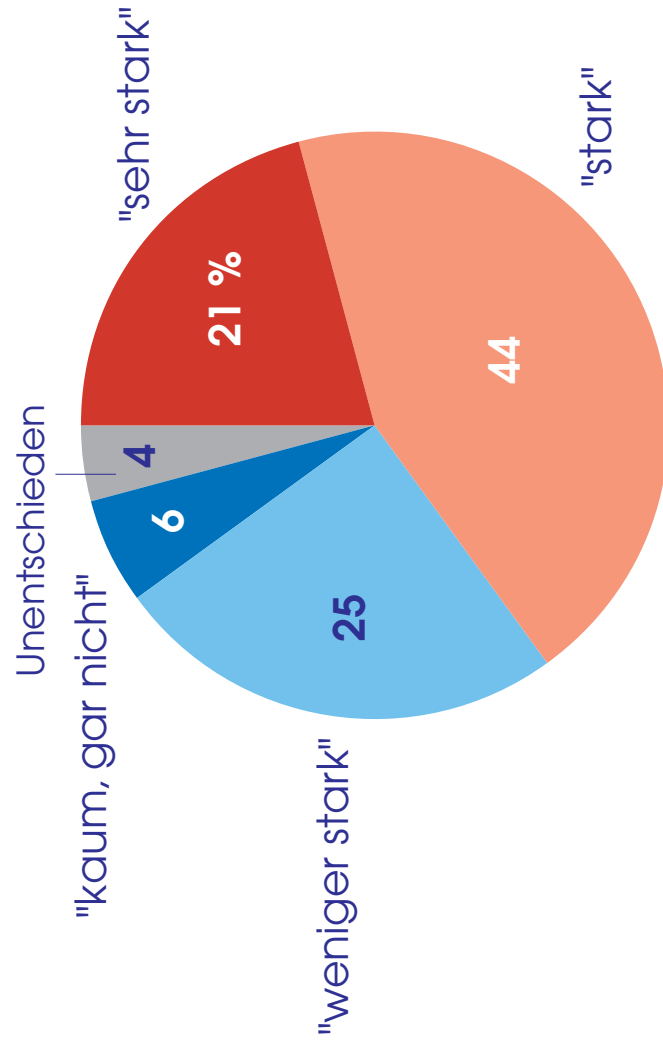
# Geringes Institutionenvertrauen bei Nichtimpfwilligen



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Personen, die vollständig geimpft sind bzw. sich nicht impfen lassen wollen  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12043

# Sorgenpunkt Inflation

Frage: "Die Preise in Deutschland sind ja in den letzten Monaten gestiegen. Wie sehr belasten Sie diese Preissteigerungen? Würden Sie sagen, die Preissteigerungen belasten Sie..."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12046



Veröffentlichung in der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 269  
vom 18. November 2021, S. 10, unter dem Titel:

"Belasteter Start. Den Regierungswechsel finden  
die meisten gut. Es bleibt aber viel Skepsis."

## DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

# Belasteter Start

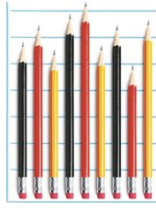
**W**ährend die Unterhändler der Ampelkoalition sich bemühen, Aufbruchstimmung zu verbreiten, werden sie schon jetzt von Problemen überrollt, die mit ihrer Agenda nur begrenzt zu tun haben. Diese fokussiert sich auf die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zugunsten von mehr Klimaschutz, auf die Forcierung der Energiewende, den beschleunigten Umstieg auf emissionsarme Antriebstechnologien und die Förderung anderer Mobilitätsmuster, auf die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, Bürokratieabbau und Digitalisierung. Für die Grünen steht alles unter dem Primat von Klimaschutz. Die FDP betont die Modernisierungsthemen wie Digitalisierung, Beschleunigung und Bürokratieabbau und spricht von einer „Fortschrittsregierung“. Die als einzige aktuell regierungserfahrene SPD wird bisher in den Verhandlungen inhaltlich weniger sichtbar als ihre beiden potentiellen Partner und ist zunehmend gefordert, deren auseinanderstrebende Positionen zu Kompromissen zu führen.

Bei den Bürgern stellt sich bisher keine Aufbruchstimmung ein. Zwar sieht die überwältigende Mehrheit den Regierungswechsel grundsätzlich positiv. 63 Prozent finden, dass es Zeit für einen Wechsel war. Diese Position vertreten vor allem die Anhänger der SPD und aller bisherigen Oppositionsparteien, aber auch knapp ein Drittel der Unionsanhänger. Aber nur jeder Vierte hat zurzeit den Eindruck von Aufbruchstimmung in der Politik, auch nur eine Minderheit der Anhänger der potentiellen Koalitionäre.

Die Ampel hat zwar von allen zurzeit möglichen Koalitionen in der Bevölkerung deutlich die größte Unterstützung. Ob sie aber das Land voranbringen wird, ist für die Mehrheit nicht ausgemacht. Nur jeder Dritte ist überzeugt, dass die Ampel für das Land gut ist. 48 Prozent äußern dezidierte Zweifel. Noch größer ist die Skepsis, ob diese Koalition die Probleme des Landes bewältigen wird.

Das hat keineswegs damit zu tun, dass den Kernthemen der Verhandlungen wenig Bedeutung beigemessen wird. Insbesondere dem Klimaschutz misst die Bevölkerung große Bedeutung zu: 69 Prozent halten es für wichtig, dass die nächste Regierung das Land hier voranbringt. Knapp zwei Drittel zählen auch die Forcierung der Digitalisierung zu den zentralen Aufgaben, 62 Prozent den Bürokratieabbau. Die Bürger hätten jedoch Probleme mit einer engen Fokussierung auf Klimaschutz und Modernisierungsthemen. Ihre Agenda reicht von Klimaschutz über die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, die Stärkung des Bildungssystems, die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum, die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur bis zur Verringerung sozialer Unterschiede, Bekämpfung von Armut, steuerlichen Entlastung der Bürger und Verbesserungen im Bereich der inneren Sicherheit.

Die Agenda der Verhandlungspartner nimmt die Mehrheit dagegen bisher als eng fokussiert wahr. Entsprechend wird der voraussichtlichen Ampelkoalition noch in erster Linie zugehört, dass sie beim Klimaschutz und bei der Digitalisierung Fortschritte erzielt; immerhin 57 Prozent sind überzeugt, dass das Land in dieser Legislaturperiode mit dem Klimaschutz vorankommt, 45 Prozent erwarten Fortschritte bei der Digitalisierung. Abseits dieser beiden Herausforderungen ist das Vertrauen bisher jedoch gering, dass die Koalition nennenswerte Fortschritte erreichen wird. Das gilt gerade auch für die Politikfelder und Ziele, denen die Mehrheit große Bedeutung beimisst: der Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, Verringerung sozialer Unterschiede und Armutsbekämpfung, Stärkung des Bildungssystems, dem Bürokratieabbau, der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, der steuerlichen Entlastung der Bürger, der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und der inneren Sicherheit. 57 Prozent halten Fortschritte bei der inneren Sicherheit für wichtig, ganze neun Prozent trauen sie der künftigen



Den Regierungswechsel finden die meisten gut. Es bleibt aber viel Skepsis.

Von Prof. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

gen Regierung zu; die Sicherung der Renten setzen 68 Prozent auf die Agenda, 17 Prozent glauben, dass hier Fortschritte zu erwarten sind; den angestrebten Abbau von Bürokratie halten 62 Prozent für dringlich, aber nur 15 Prozent haben Vertrauen, dass hier Erfolge zu erwarten sind.

Die Ampelkoalition erhält keine Vorschusslorbeeren, auch wenn sich die zügige Organisation der Verhandlungen zunächst wohlwollend von den Verhandlungen am Beginn der vorigen Legislaturperiode abhebt. Die abwartende und überwiegend von Skepsis bestimmte Haltung der Mehrheit ist jedoch zurzeit nicht das Hauptproblem der Koalitionspartner. Ihre Agenda wird sich in der Praxis zwangsläufig wesentlich verbreitern und dann auch verstärkt sichtbar werden. Die künftige Regierung läuft jedoch Gefahr, schon zu Beginn angesichts sich krisenhaft zuspitzender Probleme als ratlos wahrgenommen zu werden.

Vor allem die neuerliche Eskalation der Pandemie erstickt jegliche Aufbruchstimmung und verdrängt viele andere Themen. Wie sehr die Verhandlungspartner davon überrascht wurden, zeigt ihre frühe Festlegung auf die Beendigung der pandemischen Notlage mit der Begründung, dass eine ernste Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung aufgrund der erreichten Impfquote nicht mehr gegeben sei. Die Ängste, sich persönlich zu infizieren, sind

im Verlauf der Impfkampagne sukzessive gesunken. Die Bürger verfolgen jedoch die aktuelle Entwicklung auf den Intensivstationen, und sie fürchten einen weiteren von der Pandemie geprägten Winter, mit allen Unwägbarkeiten und der Einschränkung ihrer Planungssicherheit. Die Bevölkerung hat angesichts dieser Situation wenig Verständnis für Forderungen, die bisherigen Corona-Einschränkungen weitgehend aufzuheben. Nur jeder Fünfte unterstützt diese Forderung, weit überdurchschnittlich die Anhänger der AfD, aber auch 38 Prozent der FDP-Anhänger. Mit jedem Tag, an dem sich die Situation krisenhaft zuspitzt, wächst dagegen die Unterstützung für Einschränkungen.

Plötzlich sind die künftigen Koalitionspartner mit Corona-Krisenmanagement beschäftigt, und der Rückblick auf die Popularität der Union während der Pandemie dürfte ihnen eine Warnung sein. Zu Beginn stieg die Zustimmung zu den Unionsparteien steil an, da nur ihnen ein erfolgreiches Krisenmanagement zugeutraut wurde. Als die Situation im vergangenen Herbst und Winter eskalierte und vor allem die Impfkampagne am Beginn dieses Jahres nur stockend in Gang kam, verfiel die Zustimmung zu CDU und CSU schnell. Jetzt wird der voraussichtliche Start der SPD-geführten Regierung von der vierten Welle überschattet, und es wird ihr nur wenig helfen, auf Versäumnisse in

der zurückliegenden Legislaturperiode zu verweisen. Die Bürger erwarten von der neuen Regierung bereits jetzt entschlossenes und zielführendes Handeln. Mit der Ankündigung des Endes der pandemischen Notlage haben die künftigen Partner für diesen Bereich auch explizit Verantwortung übernommen; entsprechend können sie nicht warten, bis sie im Amt sind, sondern müssen gemeinsam mit der kommissarischen Regierung rasch teilweise schwierige Beschlüsse herbeiführen.

Der Umgang mit den Nichtgeimpften polarisiert zunehmend. Dabei verläuft die Trennlinie zwischen der großen Mehrheit der Geimpften, die mit jedem Tag weniger Verständnis für die Verweigerer aufbringen, und der Minderheit der Nichtgeimpften und auch nicht Impfbereiten, die sich immer stärker bedrängt und geächtet fühlen. In Befragungen zeigt sich eine Tendenz zu verschweigen, wenn man noch nicht geimpft ist.

Diejenigen, die sich nach wie vor dazu bekennen, nicht geimpft zu sein, und sich auch nicht impfen lassen wollen, kommen überdurchschnittlich aus den 30- bis 44-Jährigen und unter 20-Jährigen sowie den schwächeren sozialen Schichten. 21 Prozent derer, die sich nicht impfen lassen wollen, gehören zu schwächeren sozialen Schichten. Die Nichtimpfwilligen unterscheiden sich auch in Bezug auf ihre politische Orientierung, Weltansicht und Institutionenvertrauen. Während 59 Prozent der Geimpften eine der beiden Volksparteien auf den ersten Rang ihrer Parteipreferenzen setzen, ist das nur bei 18 Prozent der Nichtimpfwilligen der Fall; sie favorisieren weit überdurchschnittlich die AfD, begrenzt auch die FDP.

Bemerkenswert ist ihr geringes Vertrauen in alle politischen Institutionen, aber auch in Justiz, Sicherheitskräfte und Medien. Während 78 Prozent der Geimpften der Justiz großes Vertrauen entgegenbringen, ist das nur bei 48 Prozent der Nichtimpfwilligen der Fall. In das Parlament haben 59 Prozent der Geimpften, aber nur 19 Prozent der Nichtimpfwilligen großes Vertrauen. Diese Unterschiede verschärfen zwangsläufig die Polarisierung.

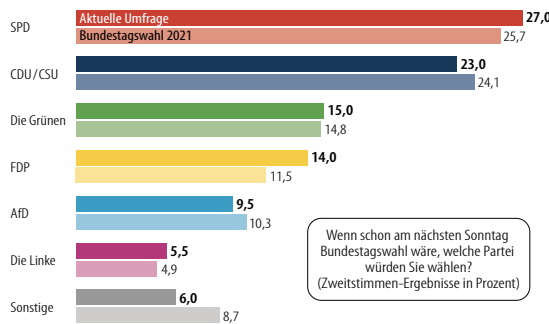
Die zweite Entwicklung, die den Start der neuen Regierung überschattet, ist die Inflation. Die Bevölkerung misst Geldwertstabilität aufgrund ihrer historischen Erfahrung besondere Bedeutung bei. Die aktuelle Entwicklung wird entsprechend aufmerksam verfolgt, und die meisten haben klare Vorstellungen, wie weit die Preissteigerungen sie persönlich belasten. 65 Prozent ziehen die Bilanz, dass sie dadurch zurzeit stark belastet werden; lediglich die höheren sozialen Schichten sind hier mehrheitlich entspannt.

Als besonders belastend werden die Preissteigerungen für Energie, aber auch für Lebensmittel eingestuft. 77 Prozent empfinden steigende Benzinpreise als besonders belastend, 73 Prozent die steigenden Heizkosten, 60 Prozent (auch) die steigenden Lebensmittelpreise; Letzteres ist vor allem eine Sorge der schwächeren sozialen Schichten, aber auch der Mittelschicht. Wenn durch die Klimaschutzmaßnahmen weitere Ausgabenerhöhungen ausgelöst werden, wird es zur Herausforderung, die Akzeptanz von Klimaschutz nachhaltig sicherzustellen.

Schließlich setzt das Drama an der Grenze zwischen Polen und Belarus ein Thema, das alle Parteien umschiffen: Migration, Flucht und Asyl. Obwohl das Thema gemieden wurde, gehört es für die Bürger zu den Herausforderungen, bei denen sie einen Neustart, eine klare Positionierung Deutschlands und Europas für dringend notwendig halten.

In der Agenda der künftigen Koalitionspartner spielen Pandemie, Inflation und Migration zuerst eine untergeordnete Rolle. Die Zuspitzung lässt ihnen jedoch keine Wahl. Ohne erfolgreiches Krisenmanagement, ohne intensive Befassung mit den Sorgen über Geldwertstabilität und Migration könnte das erste Regierungsjahr anders ablaufen, als die Koalitionspartner erwarten.

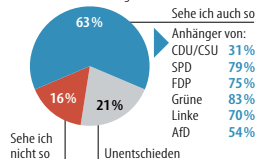
### Die Stärke der Parteien



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach (jüngste Umfrage: 29.10. bis 11.11., 1016 Befragte, gerundete Angaben) F.A.Z.-Grafik Walter

### Regierungswechsel, Institutionenvertrauen, Inflation

„Es war Zeit für einen Regierungswechsel. Das tut unserem Land gut.“



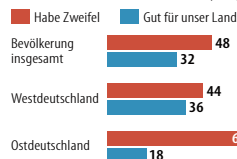
Anteil vollständig Geimpfter und Impfverweigerer, die sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in diese Institutionen haben

| Institution               | Geimpfte | Impfverweigerer |
|---------------------------|----------|-----------------|
| Polizei                   | 84%      | 55%             |
| Gesetze                   | 81%      | 56%             |
| Gerichte                  | 78%      | 48%             |
| Ämter, Behörden vor Ort   | 64%      | 38%             |
| Jeweilige Landesregierung | 62%      | 19%             |
| Bundesregierung           | 59%      | 14%             |
| Bundestag                 | 59%      | 19%             |
| Medien                    | 40%      | 16%             |
| Parteien                  | 25%      | 9%              |

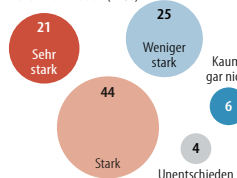
Differenz zu 100 Prozent: Unentschieden, keine Angaben.

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)

Halten Sie eine Ampelkoalition für gut für unser Land oder haben Sie da Zweifel? (in %)



Wie sehr belasten Sie die Preissteigerungen durch die Inflation (in %)



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/F.A.Z.-Grafik Walter